

Freihandel, Protektionismus und die Kapitalakkumulation (Formen der Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt)¹

Vorbemerkung

Die Wirtschaftspolitik der in den Weltmarkt integrierten Nationalstaaten besteht immer aus einer Mischung aus Protektionismus und Freihandel. Die Frage ist nur, was die Oberhand gewinnt und worin die Bedingungen bestehen für die Vorherrschaft der Freihandelspolitik oder des Protektionismus. Wem das aus purem Interesse jeweils nutzen soll ist sowieso immer vorgegeben, dem Kapital, seiner erweiterten Reproduktion. Die unterschiedlichen Formen staatlicher Wirtschaftspolitik und der durch sie beeinflussten Konkurrenz sollen Wirtschaftswachstum durch Kapitalakkumulation bewirken und fördern. Freihandel verspricht allgemeines Wirtschaftswachstum, an dem alle Nationalökonomien teilhaben, Protektionismus verspricht Wachstum der jeweiligen Nationalökonomie, die den Protektionismus betreibt; auch dann, wenn die kapitalistische Weltwirtschaft nicht wächst oder nur in einem Umfang wächst, der neben dem „Verdrängungswettbewerb“ der Einzelkapitale auch den der Nationalökonomien erzwingt.

I. Historisches

Freihandel und Protektionismus in der frühen Phase kapitalistischer Entwicklung

Marx hat schon Mitte des 19. Jahrhunderts darauf hingewiesen, dass Freihandel die günstigste Bedingung für allgemeines Wachstum des Kapitals ist. Freihandel sei die „*natürliche und normale Atmosphäre*“ für das Wachstum der kapitalistischen Produktionsweise, sobald sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchgesetzt haben. (Heute nennt man diese „Atmosphäre“ auch „*kooperative Wirtschaftsordnung*“, auf die sich die kapitalistischen Länder unter Führung und unter Druck der USA nach Weltkrieg 2 verständigt hatten.)

Die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der für sie typischen Produktionsweise in immer mehr Ländern war dagegen begleitet vom Protektionismus der einzelnen Länder. Er war die „*natürliche und normale Atmosphäre*“ für die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den jeweiligen Ländern.² Das galt schon für das erste kapitalistische Land, England, und später für alle Länder, die sich nach ihm erfolgreich in entwickelte kapitalistische Ländern verwandelten (USA, Deutschland, Japan, Südkorea etc. und heute China.)

Über England schrieb Engels:

„Gedeckt durch ... Zollschutz entstand und entwickelte sich in England im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts das System der modernen großen Industrie, der Produktion durch Maschinerie und Dampfkraft. Und als ob der gewöhnliche Zollschutz nicht hingereicht hätte, wurden

1 In meinem Manuskript über das Wertgesetz und die periodisch wiederkehrenden Krisen habe ich bereits angesprochen, worin ich eine der wichtigsten theoretischen Aufgaben heute sehe: die Entwicklung einer materialistischen Theorie der Konkurrenz auf dem Boden der von dieser Konkurrenz abstrahierenden, allgemeinen Kapitaltheorie von Marx. Eine solche Theorie hat sich speziell damit zu beschäftigen, worin die Wirkungen von Angebot und Nachfrage bestehen, worin die Möglichkeiten und Schranken der Beeinflussung von Angebot und Nachfrage durch staatliche Politik bestehen. Dazu sollen die folgenden Thesen einen Diskussionsbeitrag liefern.

2 *"Das Protektionssystem war ein Kunstmittel, Fabrikanten zu fabrizieren, unabhängige Arbeiter zu expropriieren, die nationalen Produktions- und Lebensmittel zu kapitalisieren, den Übergang aus der altertümlichen in die moderne Produktionsweise gewaltsam abzukürzen" (MEW Bd. 23, S. 786, 787).*

*die Kriege gegen die Französische Revolution zu Hilfe genommen, um England das Monopol der neuen industriellen Methoden zu sichern. Während mehr als zwanzig Jahren schnitten englische Kriegsschiffe Englands industrielle Nebenbuhler ab von ihren respektiven Kolonialmärkten und öffneten gleichzeitig diese Märkte gewaltsam dem englischen Handel. Die Losreißung der südamerikanischen Kolonien von ihren europäischen Mutterländern, die Eroberung aller bedeutenderen französischen und holländischen Kolonien durch England, die allmähliche Unterjochung Indiens verwandelten alle diese Länder in Kunden für die englische Industrie. **England ergänzte so den zu Hause geübten Zollschutz durch den dem Auslande, wo es nur irgend anging, aufgezwungenen Freihandel. Dank dieser glücklichen Mischung beider Systeme befand es sich am Schlüsse des Krieges 1815 im Besitz des tatsächlichen Monopols des Welthandels, wenigstens für alle entscheidenden Industriezweige.***“ (MEW Bd. 21, S. 361)

Der Protektionismus hatte sich auch dann nicht vollständig erledigt, als es viele kapitalistische Nationalökonomien gab, die in den Weltmarkt integriert waren. Er begleitet weiter den Freihandel und tritt unter bestimmten Voraussetzungen an seine Stelle.

Von der Überakkumulation und Überproduktionskrise zum „Wirtschaftskrieg“ und vom „Wirtschaftskrieg“ in den 2. Weltkrieg

Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 flüchteten alle kapitalistischen Ländern in mehr oder weniger konsequenten und umfassenden Protektionismus mit Währungsabwertungen, Importzöllen etc. Schluss mit Freihandel in offenen Märkten. In Anbetracht des allgemeinen Verlustes hieß es: Rette sich wer kann! Die Konkurrenz schlug um in den „Wirtschaftskrieg“ und der wiederum in den 2. Weltkrieg.

Erst dieser Weltkrieg beseitigte die Überakkumulation von Kapital; und zwar auf eine – im Unterschied zur normalen kapitalistischen Krise - ganz besondere Weise, nämlich **ohne die industrielle Produktion einzuschränken oder einzustellen**. Vielmehr wurde die ganze „Volkswirtschaft“ auf Kriegsproduktion umgestellt. Es wurde auf Teufel komm raus produziert, ohne überproduzieren zu können. Es konnte gar nicht genug produziert werden von Gebrauchswerten, die allein der Zerstörung von Menschenleben und anderen Gebrauchswerten dienten. Es konnte gar nicht genug Industrie und Arbeitskräfte für den industriellen Krieg geben, ob in Lohnabhängigkeit oder als Zwangsarbeit. Keine Spur mehr von Überakkumulation des industriellen Kapitals; womit die Quelle der Überakkumulation des Kapitals in allen seinen Formen fürs erste trocken gelegt war. Der große Abnehmer der Gebrauchswerte für den Krieg war der Staat, der sich grenzenlos verschuldete. Ob jedoch die Rückkehr zur normalen Kapitalreproduktion in Friedenszeiten gelingen würde, und wie sie gelingen würde, das hing auf jeden Fall vom Ausgang des Krieges ab, wer als Gewinner und wer als Verlierer dastehen würde.

Eine positive Ausgangsbedingung für „normale“ Kapitalakkumulation hatte aber der Krieg auf jeden Fall geschaffen: in vielen Ländern mangelte es an allem, an Gebrauchswerten aller Art, die nicht nur ihren Zweck im Kriege erfüllen. (Wohnungen, Brücken, Nahrungsmittel etc.) Die Auflösung der Armeen, ihre Rückführung auf „Friedensstärke“ schuf ein riesiges Heer an Arbeitskräften, die gezwungen und bereit waren für jeden Lohn zu arbeiten ... und Produktionsanlagen, die von Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden konnten und mussten, gab es reichlich. Das waren von der „stofflichen“ Seite her zunächst einmal günstige Bedingungen für eine in Gang kommende Kapitalakkumulation. Alles hing ab von der Neuordnung der Rahmenbedingungen für den Weltmarkt (Freihandel), Startfinanzierung etc., die die USA als kapitalistischer Gewinner des Krieges erfolgreich ins Werk setzten.

Der 2. Weltkrieg – der **Umschlag von ökonomisch ausgetragener Konkurrenz in politisch-militärische „Konfliktlösung“** - war kein spontan entstandener „Unfall“ kapitalistischer Entwicklung, kein Ausdruck ökonomischer Gesetzmäßigkeit. In Deutschland und Japan setzten sich politische Kräfte durch, die ganz **bewusst und zielstrebig** auf Krieg setzten, diesen vorbereiteten und auslösten, um die Weltwirtschaft neu, zu Gunsten der deutschen und japanischen Nationalökonomien zu ordnen. Diese politischen Kräfte setzten sich durch mit Unterstützung des Kapitals in beiden Ländern. Die Vorbereitung auf den Krieg, die enorme Steigerung der Rüstungsproduktion und schließlich der Krieg selbst sollten die wirtschaftlichen Probleme lösen, aus der Depression herausführen. Heute gibt es in keinem der großen kapitalistischen Länder relevante politische Kräfte, die gezielt auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft in einem Weltkrieg zusteuern.³ Ob das so bleibt oder wie lange das so bleibt, das kann man heute kaum voraussagen. **Bei der Gefahr eines Weltkrieges handelt es sich jedoch nicht um eine Tendenz, die sich – einem Naturgesetz vergleichbar - durchsetzt, wie etwa die Tendenz zur Überakkumulation inkl. ihrer Überwindung in der Überproduktionskrise. Im Unterschied zur ökonomischen Überproduktionskrise setzt der Krieg bewusste Entscheidung und zielstrebig Vorbereitung voraus.**⁴ Überproduktionskrisen können unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht verhindert werden. Bestimmte Kriege schon!

Der 2. Weltkrieg entstand aus einer Situation, in der die Kräfte des Marktes versagten, das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage in der Konkurrenz, nicht aus der Überakkumulationskrise herausführten. Er entstand aus einer Situation des nachhaltigen Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktionsweise, bzw. ihrer Dynamik. Er entstand aus einem daraus sich entwickelnden „Wirtschaftskrieg“, der durch allgemeinen Protektionismus gekennzeichnet war.

-
- 3 Eine (Welt-)Kriegsgefahr zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern gab es in der Zeit seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr, leninistischen Beschwörungsformeln zum Trotz. Sie endete mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen territorialen Aufteilung. Die USA als aufkommende und sich durchsetzende kapitalistische Supermacht haben nie das Ziel verfolgt, ein Kolonialreich aufzubauen. Sie haben nie territoriale Neuauftellung gegenüber den alten Kolonialmächten angestrebt. Sie waren erklärter Feind einer territorialen Aufteilung der Welt. Wenn die USA – nach Abschluss der Bildung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Staatsbildung durch Kolonierung großer Teile des nordamerikanischen Kontinents - Krieg führten, dann galt das in der Regel der Durchsetzung, Verteidigung oder Ausdehnung eines möglichst schrankenlosen Weltmarktes, in dem der Freihandel dominiert. Zu diesem Zweck mischten sie sich ein, organisierten Putsche oder führten Krieg ... gegen jede Art protektionistischer nationaler Abschottung. Sie verfolgten dieses Ziel eines schrankenlosen Weltmarktes in der Gewissheit, dass der Freihandel die günstigsten Bedingungen schafft für die Dominanz der US-amerikanischen Kapitals aber schufen damit zugleich günstige Bedingungen für die Ausbreitung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise allgemein. Die Weltkriegsgefahr nach dem 2. Weltkrieg resultierte bis zur Auflösung der „sozialistischen Lager“ einzig aus der „Systemkonkurrenz“, niemals aus einem Streben nach territorialer Neuauftellung der Welt unter den entwickelten kapitalistischen Ländern. Das „sozialistische Lager“ errichtete eine Schranke für den Weltmarkt mit seinem freien Verkehr von Kapital und Waren. Im „sozialistischen Lager“ war Staatseigentum und staatliche kontrollierte Genossenschaften an die Stelle des Privateigentums getreten. Solange dieses Lager sich im Kontext der antikolonialen Revolution ausdehnte, war es nicht nur eine Schranke für die Ausdehnung des kapitalistischen Weltmarktes und damit für das US-amerikanische Kapital, sondern auch eine Bedrohung für den Kapitalismus insgesamt. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die Kriegsgefahr zwischen USA und SU, zwischen Nato und Warschauer Pakt.
- 4 Wäre der Krieg genauso unvermeidliches Resultat des „ökonomischen Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft“, wie die Überproduktionskrise, dann wäre eine strategische politische Ausrichtung darauf, den Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, für KommunistInnen geradezu alternativlos. Weil das nicht so ist, halte ich auch aus diesem Grunde eine kritische Überprüfung der traditionell kommunistischen Positionen zum Pazifismus für angesagt! Dazu aber mehr in meinem nächsten und letzten Arbeitsmanuskript zu diesem Buchprojekt.

Der Hintergrund für die Kontroverse zwischen Freihandel und Protektionismus heute

Für die Mehrzahl der Länder der sogenannten 3. Welt, die aus der anticolonialen Revolution vor allem gegen England, Frankreich, Holland, Belgien und Portugal entstanden, erwiesen sich die Versprechungen des Freihandels stets als ziemlich windige ideologische Versprechen. Ohne Protektionismus gab es für sie auf dem Weltmarkt nichts zu gewinnen (Entwicklung einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Industrie), gerade auch da, wo sie ihren angeblichen „Sozialismus“ abstreiften, um sich ganz in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren. Mit der letzten großen 2007 einsetzenden Weltwirtschaftskrise hat sich aber die Situation gerade für die entwickelten kapitalistischen Länder – also auch die Länder Europas - geändert.

„Die OECD sieht anhaltende >>politische Unsicherheiten<<, die laut IWF >>die kooperative Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit gefährden<<. (Stephan Kaufmann in „Das Unbehagen der Ökonomen, FR vom 08.07.2017)

Über das kapitalistische Wirtschaftswachstum heißt es da weiter, es sei *„zu schwach, um >>eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse in allen OECD-Ländern zu gewährleisten<<.“*

Man macht sich aus gutem Grund Sorge, um den Fortbestand der *„kooperativen Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit“*, des Freihandelsregimes der entwickelten kapitalistischen Länder⁵, wie es unter Führung der USA durchgesetzt wurde. Unter Donald Trump stellt gerade die USA diese Wirtschaftsordnung in Frage, was für allerhand Aufregung sorgt. Die Trump-Administration beklagt jetzt die Ergebnisse des Freihandels, einen „unfairen Wettbewerb“, von dem allein Länder wie Deutschland und China profitierten, zum Nachteil der USA. Man droht mit Importzöllen etc. In den USA bekommen die politischen Kräfte Aufwind, die die ökonomische Vorherrschaft des Landes gerade durch China bedroht sehen. Die politische Unsicherheit, die sich breit macht, ist Reaktion auf die anhaltende Überakkumulation von Kapital und die damit einhergehende „Wachstumsschwäche“.

Die Überproduktionskrise ist der normale ökonomische Prozess, indem durch Kapitalentwertung und -vernichtung Überakkumulation beseitigt wird. Staatsintervention kann den Krisenverlauf mildern und abkürzen, indem sie Kapital durch Verstaatlichung von Verlusten, Übernahme von Unternehmen und durch Konjunkturprogramme vor dem Bankrott bewahrt. Damit wird zugleich die

5 Zu diesem Freihandelsregime gehören heute – im Unterschied zum kapitalistischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – verschiedene Freihandelszonen unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO). So etwa:

NAFTA - North American Free Trade Agreement – begründet die Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Mit Inkrafttreten wurden 1994 zahlreiche Zölle abgeschafft, zudem ein Abkommen für Umweltbelange geschlossen, das North American Agreement on Environmental Cooperation (NAAEC) und das Arbeitsrecht zwischen den drei Staaten angeglichen – mit dem North American Agreement on Labor Cooperation.

Die ASEAN-Freihandelszone, ASEAN Free Trade Area, umfasst Thailand, Vietnam, Laos, Brunei, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Myanmar, Singapur und die Philippinen. Ziel ist, die Zölle für 98 Prozent aller Waren untereinander abzuschaffen oder stark zu senken.

Der MERCOSUR - abgekürzt für "Gemeinsamer Markt Südamerikas" hat Brasilien, Paraguay, Venezuela, Argentinien, Uruguay und Bolivien als Mitglieder; Chile, Kolumbien, Peru, Ecuador, Guyana und Surinam sind assoziierte Mitglieder.

Usw.

Auch der gemeinsame Markt der EU ist eine solche Freihandelszone. Solche Freihandelszonen schaffen aber nicht nur Handelsbarrieren ab, sie reproduzieren sie auch. Für alle Länder, die nicht der jeweiligen Freihandelszone angehören, ergeben sie „Wettbewerbsnachteile“. Je tiefer und komplexer die Freihandelsabkommen innerhalb einer solchen Zone sind, desto höher werden die „Marktzutrittsschranken“ für Länder, die nicht dazu gehören. Beispiel EU: Durch den „Abbau technischer Handelshemmnisse“ mittels EU-Produkttrichtlinien, wird die Einführung von Produkten, die diesen Richtlinien nicht entsprechen unmöglich gemacht oder mindestens erschwert. Preisvorteile, die sich aus geringeren Produkthanforderungen ergeben, können nicht genutzt werden.

„Reinigungsfunktion“ der Krise in ihrer Wirkung begrenzt, Überakkumulation konserviert und die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben. Die abgestimmten, „kooperativen“ Staatsinterventionen kapitalistischer Länder (USA, Deutschland, China etc. etc.) während der letzten Weltwirtschaftskrise haben genau das bewirkt ... und damit zugleich die Grundlage geschaffen für die weiter sinkenden Wachstumsraten in einem kümmerlichen Konjunkturaufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Protektionismus und Nationalismus

Als Trump seine Parole „*America first*“ ausgab, entstand helle Aufregung unter den VertreterInnen des Freihandels in offenen Märkten. Aber selbstverständlich ist das erstmal nur das offene Aussprechen, einer Maxime, zu der sich alle Regierungen von Nationalstaaten verpflichtet fühlen.

Der Amtseid von BundeskanzlerIn und MinisterInnen in Deutschland lautet so:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

So oder ähnlich lautet in Eidesformel in allen bürgerlichen Demokratien. Diese Eidesformeln geben einen ganz praktischen Hinweis darauf, wie das mit den „Menschenrechten“ zu verstehen ist, die in den Verfassungen bürgerlicher Demokratien formuliert sind.⁶ Verpflichtet ist man nur dem Wohle des deutschen Volkes, der deutschen Nation, nicht dem Wohl aller Menschen. „Deutschland zuerst“ steht unausgesprochen in der Eidesformel.

Entscheidend für diese Mehrung des nationalen Wohls ist ökonomisches Wachstum, Wachstum der jeweiligen Nationalökonomie. Alle Regierungen der bürgerlichen Demokratien sind schon in diesem Sinne zu Nationalismus (selbst-)verpflichtet.

Praktisch macht es jedoch einen Unterschied, auf welchem Wege das nationale ökonomische Wohl gemehrt werden soll, ob man sich ökonomisch stark für die freie Konkurrenz fühlt und daher mehr auf Freihandel und offene Märkte setzt – damit zugleich unbewusst dem von Marx entdeckten

„*ökonomischen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft*“ freie Entfaltung einräumt - oder mehr auf den **Einsatz außerökonomischer, politischer Macht** zur Abschottung des eigenen Marktes

⁶ In der praktischen Politik wird ja heute ständig von internationalen Verpflichtungen der Regierung gesprochen. Da maßt man sich an und will gleich für das Wohl aller Menschen eintreten, pocht auf den „Universalismus“ von Menschenrechten, wie sie im Grundgesetz und anderen Verfassungen ausformuliert sind. Allen voran natürlich für das Recht auf Eigentum und dessen in besonderen Gesetzen ausformulierten Rechten, wie etwa das, über Investitionen allein entscheiden zu dürfen. Man sagt also glatt immer wieder – im Unterschied zum Eid – dass man internationale Verpflichtungen habe und das Wohl der Menschheit berücksichtige oder gar Gottes Schöpfung erhalten wolle. Die profane Praxis orientiert sich jedoch allemal am geleisteten Eid. Und wenn man dann praktisch „universalistisch“ wird, kommt fast immer nur Imperialismus dabei herum; man marschiert irgendwo ein oder bombt alles in Grund und Boden, um die Menschen in anderen Teilen der Welt vor dem „Bösen“ zu bewahren.

Wenn in der Eidesformel die Rede von „jedermann“ ist, dann sollte man sich auch in diesem Zusammenhang darüber im klaren sein, um wen es dabei geht. Flüchtlinge vor den politischen und sozialen Folgen der segensreichen kapitalistischen Produktionsweise gehören nicht zu „jedermann“. Um diese „jedermanns“ fern zu halten und loszuwerden, sind sich die Herrschaften für keine dummdreiste Konstruktion zu schade. So erklärt man Afghanistan zu einem „sicheren Herkunftsland“ und schert sich nicht um eine ständig steigende Zahl von Opfern eines abscheulichen Terrors. Sind ja nur Afghanen, um deren Wohl man sich dank Eid auch gar nicht kümmern müsse ... es sei denn man kann Militär hinschicken und die Interessen Deutschlands am Hindukusch zu verteidigen. Diese „Humanisten“ halten mit ihren Abschiebungen erst inne, wenn die Fensterscheiben in der deutschen Botschaft zerbersten. Dann geht es halt wieder um das „Wohl des deutschen Volkes“ (in Gestalt der Botschaftsangehörigen), dem man verpflichtet ist.

(Protektionismus). Ob man die „Mehring des Wohls vom eigenen Volk“ eingebettet sieht in die „Mehring des Wohls aller Völker“ - also das Wirtschaftswachstum durch Kapitalakkumulation in Deutschland in Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum und Kapitalakkumulation weltweit - oder ob man „das Wohl des eigenen Volkes“ eher unabhängig von einer solchen allgemeinen Entwicklung mehren will, also Wirtschaftswachstum durch Kapitalakkumulation innerhalb einer besonderen Nationalökonomie auch dann **politisch** durchsetzen will, wenn es im Allgemeinen unter den entwickelten kapitalistischen Ländern ökonomisch bergab geht oder die Entwicklung stagniert. Ob man den eigenen Vorteil also eher in ökonomischer Konkurrenz sieht oder mit politischer Macht erwirken will. Auf den eigenen, nationalen Vorteil ist man immer bedacht, es geht nur um das wie.

II. Theoretisches

Freihandel und Protektionismus vor dem Hintergrund von Überakkumulation –
Wandel der „*praktischen Brüderschaft der Kapitalistenklasse*“ zum „*Kampf der feindlichen Brüder*“
in der allgemeinen Kapitaltheorie

Schon in der allgemeinen Kapitaltheorie von Marx finden sich Hinweise darauf, wodurch sich der Charakter der Konkurrenz ändert. So schreibt Marx in seiner Theorie vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals:

*„Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als **praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse**, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen **Kampf der feindlichen Brüder**. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso **wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte.**“ MEW Bd. 25, S. 263*

Der Grundgedanke lässt sich übertragen auf die Konkurrenz zwischen Nationalökonomien auf dem Weltmarkt. Die „kooperative Wirtschaftsordnung“ – d.h. die Verständigung der entwickelten kapitalistischen Länder unter Führung der USA auf Freihandel - hatte Bestand, so lange „alles gut ging“, alle entwickelten Länder entsprechend ihres ökonomischen Gewichts, der Größe ihrer Kapitale und der Höhe der Arbeitsproduktivität Anteil an der „gemeinschaftlichen Beute“ auf dem Weltmarkt hatten, das Kapital in genügendem Umfang wuchs. In der letzten Weltwirtschaftskrise, der mit Abstand schwersten seit dem 2. Weltkrieg, mussten aber große Verluste verteilt werden, und die Kooperation wurde auf eine harte Probe gestellt. Noch bewährte sich in gigantischen Rettungsprogrammen die „*Brüderschaft der Kapitalistenklasse*“, oder der Kapitalistenklassen der entwickelten, wie der sich rasch entwickelnden Länder (China vor allem). Der bezweckte starke Aufschwung aus der Wirtschaftskrise blieb jedoch aus. Das ist die Ausgangssituation für einen möglichen Umschlag der Konkurrenz in den „*Kampf der feindlichen Brüder*“. Der Fehdehandschuh ist noch nicht hingeworfen. Vorerst handelt es sich mehr um Ankündigungen und Drohungen der US-Regierung. Noch ist – aus verschiedenen Gründen - nicht ausgemacht, ob die Drohungen tatsächlich umgesetzt werden und ob der Fehdehandschuh von der Regierung Chinas, der EU unter Führung Deutschlands etc. - aufgegriffen wird.

Der hohe Preis, den die kapitalistischen Staaten bereit waren für die Überwindung der letzten großen Überproduktionskrise zu zahlen, resultiert aus den Lehren, die bürgerliche Politik und Wirtschaftswissenschaft aus der Weltwirtschaftskrise von 1929ff gezogen haben. Noch immer dominieren auch im bürgerlichen Lager die Kräfte, die sich der Logik einer solchen Entwicklung entgegenstellen und daher bereits vor Protektionismus und „Wirtschaftskrieg“ warnen, an der „kooperativen Weltwirtschaftsordnung“ mit Freihandel festhalten wollen. Um aber die enorme Überakkumulation mit ihren immer schwächer werdenden Wachstumsraten zu überwinden, gibt es auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse keine Alternative zur Kapitalentwertung und -Vernichtung; und das bedeutet ebenso alternativlos: eine tiefe Erschütterung der sozialen Verhältnisse, eine Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaft mit ungewissem und unkalkulierbarem Ausgang. Das ergibt sich – einem Naturgesetz vergleichbar – aus dem *„ökonomischen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft“*.

Dass die Front derjenigen im bürgerlichen Lager zu bröckeln beginnt, die an der „kooperativen Weltwirtschaftsordnung“ festhalten, macht nichts deutlicher als der Machtantritt von Trump in den USA. Trump ist aber nicht **der** Vertreter **des** US-Kapitals! Er findet vor allem Unterstützung bei den durch freien Welthandel produzierten Verlierern der Konkurrenz.⁷ Trump und Konsorten scheuen den „Wirtschaftskrieg“ jedenfalls nicht, sie bereiten ihn vor und drohen mit ihm. Protektionismus ist ihr Programm zur Rettung der US-Vorherrschaft, die ihrer Meinung nach als Folge des Freihandels in offenen Märkten nunmehr in Frage gestellt ist. (Dieser Freihandel war Rahmenbedingung für den Aufstieg Deutschlands und Japans nach dem 2. Weltkrieg und ist vor allem die Rahmenbedingung für den heutigen Aufstieg Chinas zu einem kapitalistischen Konkurrenten, der in seiner Möglichkeit – materielle Ressourcen, Zahl der Arbeitskräfte, potentielle Größe des inneren Marktes) alles übertrifft, was den USA bisher als Konkurrenz auf dem Weltmarkt gegenüber stand. Hier entwickelt sich ein Konflikt, wie es ihn nach dem 2. Weltkrieg noch nicht gegeben hat.)

Freihandel und Protektionismus als Ausdruck von Marktideologie

Ob Freihandel oder Protektionismus, es handelt sich jeweils um das praktische Programm von Marktideologie. Danach muss man nur durch Politik die richtige Rahmenbedingungen setzen, dann kann die kapitalistische Wirtschaft kontinuierlich wachsen, zum Wohle der Nation (Protektionismus) oder - damit zugleich - zum Wohle aller Nationen (Freihandel).

Freihandel und Protektionismus unterscheiden sich lediglich in der Regulation des Marktes, in der Einflussnahme auf Angebot und Nachfrage. Beide Varianten lassen aber keinen Zweifel daran, dass Angebot und Nachfrage die Entwicklung der Warenproduktion bestimmen; sie glauben fest daran, dass die Entwicklung des Marktes die Entwicklung der Produktion beherrscht und nicht umgekehrt. Die einen sagen, der Wettbewerb sei nur dann fair und für alle segensreich, wenn er sich möglichst frei von protektionistischer staatlicher Einflussnahme entwickeln könne, nur dann hätten alle eine Chance; die anderen sagen, er sei nur dann fair und segensreich, wenn die jeweilige Nationalökonomie sich vor Verlust in freier Konkurrenz - je nach Erfordernis - ausreichend schütze.

Beide Varianten rechnen nicht, mit dem von Marx entdeckten Gesetzen von Kapitalakkumulation und tendenziell sinkender Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Beide rechnen nicht mit den Konsequenzen, die sich aus einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des

⁷ Trump ist schon gar nicht der Wegbereiter von Formen der Konkurrenz, unter denen sich die kapitalistische Produktionsweise allgemein am konsequentesten und „reinsten“ entwickeln kann! Das verlangt nämlich – wie Marx richtig betont hat – eine möglichst freie Konkurrenz und nicht Protektionismus. Um Eigentümerinteressen zu schützen – was nicht das gleich ist, wie Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise – mündet der Protektionismus im schlimmsten Fall ein in den Rückfall in eine Produktionsweise, die nicht mehr auf der Ausbeutung freier Lohnarbeit beruht, sondern auf Zwangsarbeit, die eher der Sklaverei ähnelt oder Sklaverei ist. Der Nationalsozialismus hat das eindrucksvoll demonstriert.

Kapitals im Zuge seiner Akkumulation ergeben. Beide rechnen nicht mit dem sich entwickelnden **Widerspruch zwischen der Tendenz zur absoluten Produktivkraftentwicklung der Arbeit und der Verwertung des vorhandenen Kapitalwerts.**

„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat. Ihr spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet. Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte.“
MEW Bd. 25, S. 259

Diesen Widerspruch vermag keinerlei Einflussnahme auf Angebot und Nachfrage auf den Märkten zu lösen. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz, des Freihandels in offenen Märkten, entwickeln sich die Produktivkräfte am stärksten, zwingen sich die Einzelkapitale und Nationalökonomien wechselseitig deren Entwicklung auf. Der Protektionismus behindert diese Entwicklung, indem er Kapital, das sich auf niedrigerer Stufe der Arbeitsproduktivität reproduziert, vor Entwertung und Untergang schützt. Tritt der Protektionismus allgemein, in allen kapitalistischen Nationalökonomien an die Stelle des Freihandels, dann trägt er nicht bei zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern behindert diese Entwicklung. Verteilungsspielräume würden nicht – wie versprochen – größer, sondern kleiner. In der Folge würde heute das Wachstum der kapitalistischen Weltwirtschaft schroff einbrechen, und die Konkurrenz um Verteilung der Verluste sich weiter verschärfen, statt sich abzumildern; vergleichbar der Entwicklung nach 1929.

III. Unterschiedliche Bewertungen vor dem Hintergrund der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise

Die Befürwortung des Freihandels durch Marx und Engels im 19. Jahrhundert und die Situation heute

Marx hat sich Mitte des 19. Jahrhunderts aus recht grundsätzlichen Erwägungen für den Freihandel ausgesprochen. Dazu schreibt Engels:

„Für ihn (Marx) ist Freihandel der Normalzustand der modernen kapitalistischen Produktion. Nur unter dem Freihandel können die ungeheuren Produktivkräfte des Dampfs, der Elektrizität, der Maschinerie sich vollständig entwickeln; und je rascher diese Entwicklung, desto eher und desto vollständiger werden ihre unvermeidlichen Folgen hervortreten: die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, Kapitalisten hier, Lohnarbeiter dort; erblicher Reichtum auf dieser, erbliche Armut auf jener Seite; Überschuß des Angebots über die Nachfrage, Unfähigkeit der Märkte, die stets wachsende Masse der Industrieprodukte aufzusaugen; ein stets wiederholter Kreislauf von Prosperität, Überproduktion, Krisis, Panik, chronischer Stauung und allmählicher Wiederbelebung des Geschäfts; diese letztere ein Anzeichen nicht dauernder Besserung, sondern bevorstehender erneuter Überproduktion und Krisis; in einem Wort, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu so riesigen Dimensionen heranwachsend, daß ihnen die gesellschaftlichen Institutionen, unter denen sie in Betrieb gesetzt worden, zu unerträglichen Fesseln werden, nur eine mögliche Lösung: eine

gesellschaftliche Umgestaltung, die die gesellschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln einer veralteten gesellschaftlichen Ordnung und die wirklichen Produzenten, das heißt die große Volksmasse, von der Lohnsklaverei befreit. Und weil der Freihandel die natürliche und normale Atmosphäre ist für diese historische Entwicklung, das ökonomische Medium, worin die Bedingungen dieser unvermeidlichen Lösung am raschesten ins Leben treten - deswegen und nur deswegen erklärte sich Marx für den Freihandel.“ (MEW Bd. 21, S. 394)

Wollte man sich heute als KommunistIn auf ähnliche Weise für den Freihandel aussprechen, dann wäre das natürlich ein schlechter Witz. Es hieße alles auszublenden, was es an gravierenden Veränderungen seit dem 19. Jahrhundert zu bestaunen gibt:

- die enorme Entwicklung der Arbeitsproduktivität
- die Entwicklung des Kapitalismus in so vielen Ländern und die Integration auch des letzten Winkels der Erde in den Weltmarkt

usw.

Der Freihandel hat im Prinzip all das bewirkt, was er hier Marx zufolge bewirken sollte und konnte. Unter den Bedingungen des Freihandels in offenen Märkten, hat sich vor allem nach Weltkrieg Nummer 2 die internationale Arbeitsteilung enorm entwickelt. Ohne Freihandel in offenen Märkten wäre die Existenz und die ökonomische Bedeutung der multinationalen oder transnationalen Konzerne kaum vorstellbar.

„Zwischen 1990 und 2008 stieg die Gesamtzahl der Transnationalen Unternehmen von rund 35.000 auf 82.000. Parallel stieg die Zahl der Tochterunternehmen der TNU von 150.000 (1990) auf mehr als 800.000 (2008).“ (http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52629/transnationale-unternehmen)

Waren 1990 noch alle transnationalen Unternehmen mit ihren Konzernzentralen in den entwickelten kapitalistischen Ländern beheimatet, so waren es 2008 nur noch 71,6%!

Heute sind rund 60% des Welthandels „konzerninterne Transaktionen“ zu „Verrechnungspreisen“.⁸

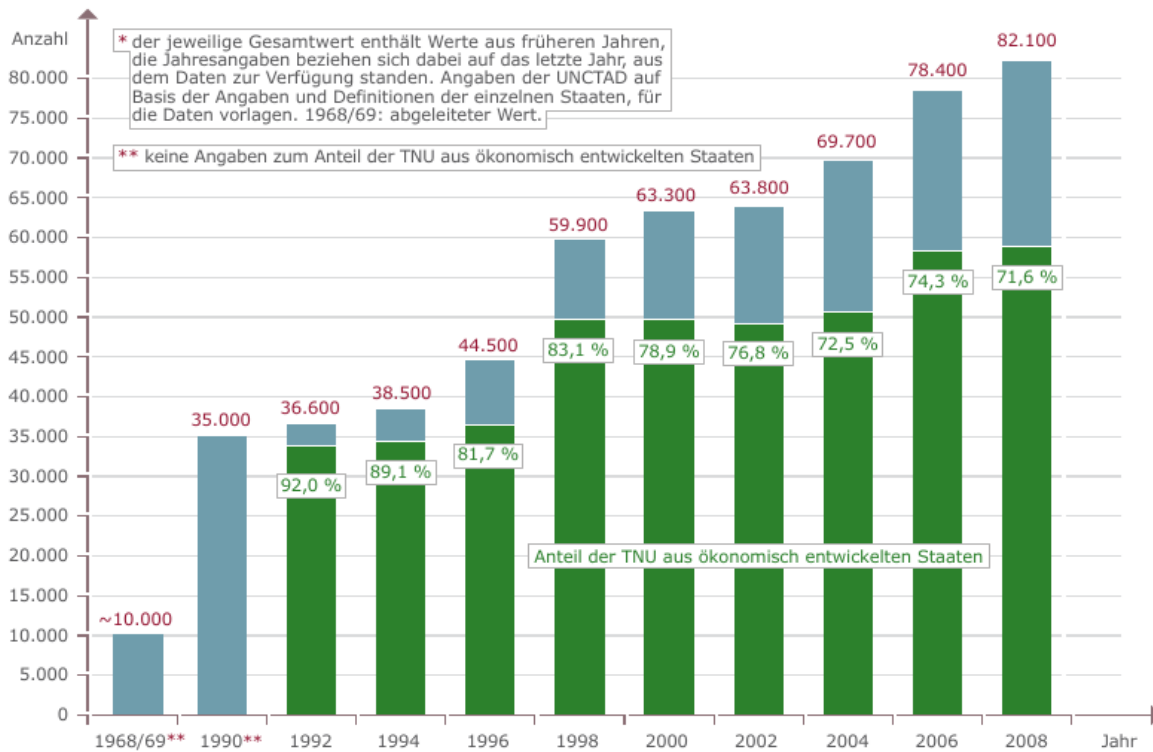
8 *„Die Globalisierung und der sukzessive Abbau internationaler Handelsbeschränkungen steigern Volumen und Anzahl der konzerninternen Transaktionen kontinuierlich. Nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfallen bereits mehr als 60 Prozent des Welthandels auf konzerninterne Transaktionen. Die dabei innerhalb von Konzernen für gelieferte Waren und erbrachte Dienstleistungen in Rechnung gestellten Verrechnungspreise sind ein hochkomplexes Gebiet. Jedes Land hat, auch innerhalb der EU, seine eigenen Vorstellungen.“*

<http://www.wts.at/de/content/verrechnungspreise.php>

Auf die ökonomische Bedeutung der „Verrechnungspreise“ im Unterschied zu den Marktpreisen, gehe ich hier nicht weiter ein.

■ Anzahl Transnationaler Unternehmen (TNU)

In absoluten Zahlen, Anteil der TNU aus ökonomisch entwickelten Staaten in Prozent, 1968/69 bis 2008*



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): World Investment Report, verschiedene Jahrgänge
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de



Die sogenannten „Wertschöpfungsketten“ dieser Konzerne sind international organisiert. Speziell das Management dieser Kapitalgesellschaften ist grundsätzlich interessiert an Freihandel in offenen Märkten. Allgemeiner Protektionismus wäre das Ende ihres „Geschäftsmodells“. Er wäre das Ende von international organisierten „Wertschöpfungsketten“, in denen Vorprodukte und Endprodukte unter den jeweils kostengünstigsten Marktbedingungen in unterschiedlichen Nationalökonomien erzeugt werden. Schutzzölle wären das Ende eines „Geschäftsmodells“, das auf diesem Wege Erhöhung der Profitraten ermöglicht.

Zum Beispiel Deutschland und seine Automobilindustrie, etwa VW:

Würde die Bundesregierung Schutzzölle auf importierte PKWs erheben, um die deutsche Autoindustrie vor billiger Konkurrenz zu schützen, so träfe das auch Skodas aus Tschechien oder Seats aus Spanien. Deren Preis würde sich in Deutschland durch die Importschutzzölle erhöhen und den Umsatz dieser PKWs verringern. Eine solche Entwicklung würde die Profite von VW nicht vergrößern sondern verringern.

Unter dem Dach multinationaler Konzerne entwickelt sich zugleich eine Konkurrenz eigener Art, je breiter die Produktpalette dieser Konzerne ist, um möglichst viele oder alle „Marktsegmente“ abzudecken. Indem die großen Automobilkonzerne ihre „Produktpalette“ diversifizieren und sich schwächere Konkurrenten einverleiben, konkurrieren sie nicht nur mit anderen Weltkonzernen, sondern entwickeln auch die Konkurrenz unter dem Dach des jeweiligen Konzerns zwischen den einzelnen Modellen. (Dies gilt in abgewandelter und ähnlicher Form auch für die Hersteller von PCs, Notebooks, Tablets und Smartphones.)⁹

⁹ Mercedes wirbt seit einiger Zeit nicht mehr mit „Made in Germany“, sondern mit „Made by Mercedes“. Auch das ein deutlicher Hinweis darauf, was die Macher in diesem Weltkonzern noch von „National“ökonomie halten. Es kann also auch nicht verwundern, dass die Geschäftsführungen solcher Konzerne in den USA wenig begeistert sind von Trumps protektionistischer Version von „America first“. Daher droht er auch ihnen mit Strafe, wenn sie Produktion nicht in die

Gegenüber dem 19. Jahrhundert oder gegenüber der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich da jedenfalls etwas gravierend geändert in der kapitalistischen Weltmarktökonomie; nicht nur weil die territoriale Aufteilung durch Kolonialismus und die durch den „Realsozialismus“ gesetzten Schranken für die Ausdehnung des Weltmarktes - verschwunden sind, also auch die speziell damit einhergehenden Kriegsgefahren -, sondern auch weil Gewicht und Struktur der kapitalistischen Industrien sich verändert haben. Dass die damals - nicht nur - in Deutschland so bedeutende Schwerindustrie sich was vom **Protektionismus zum Schutz der „deutschen Produktion“ auf deutschem Boden** versprach – verbunden mit militärischer Aggression und Kolonialismus zur **Sicherung der Rohstoffversorgung** – das ergibt schon einen kapitalistischen Sinn.

Einschub über das Streben nach Autarkie

*„Nicht zuletzt unter der Erfahrung der britischen Seeblockade während des Ersten Weltkrieges wurde für Adolf Hitler die **wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation** zu einem Fixpunkt seiner Politik. Diese Unabhängigkeit sollte einen hohen Lebensstandard, den sozialen Ausgleich, aber auch die militärische Schlagkraft sichern. Ab 1936 wurde das konsequent mit dem zweiten Vierjahresplan (VJP) unter der Führung von Hermann Göring umgesetzt. Was nicht im eigenen Lande hergestellt werden konnte, musste durch andere Produkte ersetzt werden. Die restlichen Güter wurden durch Tauschgeschäfte mit dem Ausland (meist Südosteuropa und Südamerika) erworben. Die Vorgaben des VJP wurden während des Dritten Reiches niemals vollständig erfüllt.*

Hitlers Absicht, die Sowjetunion anzugreifen, um Deutschland durch die Aneignung von Getreide sowie Erz- und Ölvorkommen autark zu machen, wurde in führenden Kreisen von Wehrmacht, Großwirtschaft und Ministerialbürokratie von vielen geteilt. Sein Ziel war „ein blockadefestes Großimperium“ bis zum Ural und über den Kaukasus hinaus.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Autarkie>

Bei dieser „wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ ging es nicht zuletzt um eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen. Zu einer vom Ausland unabhängigen Rohstoffversorgung gehörte auch die Produktion von synthetischem Benzin und Kautschuk in den Leuna- und Buna-Werken.

Ich glaube nicht, dass „der Schoß aus dem das kroch“ - das Streben nach Autarkie – noch „fruchtbar ist“. Weder in Deutschland, noch in irgendeinem anderen industriell entwickelten Land.

Gleich geblieben ist jedoch das Streben des Kapitals nach einer gesicherten Rohstoffversorgung.

USA zurückholen. Auch ohne Strafe würde dieses „Rückholprogramm“ aber schon die Profiteure der Multis aus Gründen schmälern, die ich hier nicht alle aufzählen will und ihr „Geschäftsmodell“ in Frage stellen. Es besteht ein grundlegender Gegensatz zwischen dem „America first“ von Trumpf und dem „Apple first“ etc. der Multis. Damit die Multis aus eigenem Interesse aufhören, Multis zu sein und ihre Produktion zurückholen, müsste sich noch einiges in den USA ändern; die Unterschiede in den Bedingungen für Mehrwertproduktion zu China, Mexico etc. etc. müssten verschwinden.

Der Apple-Chef Tim Cook hat jetzt noch einmal darauf hingewiesen, dass sein Standpunkt „**dramatisch anders**“ sei als der von Trump. Das hindert ihn natürlich nicht, dessen Steuersenkungspläne zu begrüßen. Auch Auslandsgewinne müssten so gering wie möglich besteuert werden, selbst dann, wenn diese Gewinne nicht in die USA zurückgeführt würden. (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Apple-Chef-Steuersenkung-auf-Auslandsgewinne-gut-fuer-Amerika-3744743.html>)

Nach 1929 kam es in den USA „ganz spontan“ - ohne Regierungsprogramm – zu einem „**wellenförmig verstärkten Abzug US-amerikanischer Auslandsinvestitionen und Kreditmittel – die nun zur Deckung von Verbindlichkeiten in den USA gebraucht wurden**“. (<https://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise>) Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen dieses „Rückholprogramms“ waren verheerend und trafen vor allem Deutschland. Entstände heute eine vergleichbare Situation, die die Multis zu einer „Rückholung“ ihrer Auslandsinvestitionen zwingen, um ihre Verbindlichkeiten zu decken, dann bräuchte es dafür kein Regierungsprogramm. Das wäre wirklich der Anfang vom Ende der „Weltwirtschaftsordnung“, wie sie sich nach dem 2. Weltkrieg herausgebildet hat. Mit einem strategischen Plan zur politischen Durchsetzung der Interessen des Kapitals, hätte das aber nichts zu tun.

Die Versorgung der führenden und aufstrebenden Industrieländer mit Rohstoffen war immer von herausragender Bedeutung. Mit der Tendenz zu einer absoluten Entwicklung der Produktivkräfte entwickelt das Kapital zugleich einen wachsenden Heißhunger nicht nur nach immer mehr Rohstoffen (für Energiegewinnung und für die Erzeugung von Gebrauchswerten), sondern auch mit der Diversifikation der Gebrauchswerte einen Heißhunger nach immer neuen Rohstoffen. (Beispiele: Uran für Energie, Seltene Erden für Mikroelektronik). Deutschland bezieht heute seine Rohstoffe aus **ca. 160 Ländern**. Daraus resultiert aber kein Streben nach Annexion (territoriale Neuaufteilung der Welt), sondern nach offenen Märkten!

Bei „Medico“ kann man im Internet folgendes zu diesem Aspekt nachlesen:

*„Das große geopolitische Spiel um den Zugriff auf strategisch wichtige Rohstoffe hat begonnen. Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen; zu deren größten Konsumenten gehört Deutschland. Als Rohstoffimporteur und Exporteur von weiterverarbeiteten Produkten bezieht Deutschland Energierohstoffe, Metallrohstoffe und viele Industriemineralien aus mehr als 160 Ländern. **Die Europäische Union (EU) fordert in ihrer neuen Rohstoffinitiative (2011) den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Exportländer aus.***

*Die EU-Rohstoffinitiative beruht im Kern auf drei Säulen: Dem Zugang zu Rohstoffmärkten weltweit, dem Abbau von Rohstoffen in der EU und Recycling innerhalb der EU. Die Interessen europäischer Konzerne und des einflussreichen Bundesverbandes der Industrie (BDI) sind in der Initiative unübersehbar. Viele Länder des globalen Südens sind reich an Bodenschätzen. **Die Europäische Union, mit Deutschland in der Vorreiterrolle, nötigt sie jetzt, Handelsbegrenzungen wie Exportsteuern für Rohstoffe abzuschaffen und ausländische Direktinvestitionen zu ermöglichen.** Begründet wird das aggressive Vorgehen der EU mit der Konkurrenz zu den Schwellenländern, deren wachsender Rohstoffbedarf europäische Interessen untergrabe. In der geostrategisch ausgerichteten Initiative der EU finden ökologische, soziale, politische sowie entwicklungsbezogene Belange kaum Beachtung....*

Viele der von der EU begehrten Rohstoffe finden sich auf dem afrikanischen Kontinent. Dort leben heute über 300 Millionen Menschen in absoluter Armut. Würdige Arbeit ist Mangelware. Millionen Menschen sterben an Krankheiten, die mit einer besseren Gesundheitsversorgung oder allein dem Zugang zu sauberem Wasser vermeidbar oder heilbar wären. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und nicht ausschließlich in den Handelsbeziehungen zu suchen. Mit ihrer Rohstoffinitiative verschärft die Europäische Union jedoch die Situation. Sie nutzt Handels- und Investitionsabkommen, um sich kostengünstig den Zugang zu Rohstoffen zu sichern und Vorteile für Unternehmen herauszuschlagen; bindende Regeln für transnationale Konzerne gibt es kaum. Folgen dieser Politik sind unzumutbare Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in den Produktionsstätten der betroffenen Länder. Die Abbaumethoden schädigen die Gesundheit der lokalen Bevölkerung, zerstören die Umwelt und machen die Böden für eine landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar.“

<https://www.medico.de/die-eu-nennt-es-rohstoffinitiative-14186/>

In keinem kapitalistischen Land der Welt – nicht einmal in den USA, Russland oder China, die reich sind an Bodenschätzen – dürften sich heute durchsetzungsfähige **politische Bestrebungen nach Autarkie** – als Kriegsziel und Mittel um den Krieg gegen andere kapitalistische Länder führen zu können – herausbilden! Nicht einmal solche „Größen des Geistes“ wie Trump, werden einen solchen Weg ernsthaft vorschlagen. Damit ist die Kriegsgefahr – die schon mit dem Freihandel und der Öffnung von Märkten einhergeht und durch den protektionistischen „Wirtschaftskrieg“ verstärkt wird – nicht aus der Welt. Die wirklichen Kriege werden aber weiter zur Öffnung von Märkten und nicht zuletzt auf dem Boden jener Länder stattfinden, deren Rohstoffe für das Kapital zugänglich sein müssen.

In der Welt der Geschäftsführungen multinationaler Konzerne dürften solche strategischen Überlegungen - etwa zur Rückholung von Produktion im Interesse von Nationalökonomie - kaum Begeisterung hervorrufen. Allgemeiner Protektionismus als Konkurrenzmodell kann in dieser „Klasse“ kaum einen sozialen Träger finden. **Für sie bedeutet Investitionsfreiheit auch die Freiheit, Produktion an den Standort auf dem Globus zu verlagern, wo sie am kostengünstigsten und profitabelsten organisiert werden kann.** Das setzt zwar einerseits unterschiedliche Nationalökonomien mit unterschiedlicher Gesetzgebung voraus – die es auszunutzen gilt -, verlangt aber andererseits offene Märkte, Öffnung dieser Nationalökonomien für die grenzenlose Anlage von Kapital. **Die Existenz der vielen, unterschiedlichen Nationalökonomien ist genauso Existenzbedingung der multinationalen Konzerne wie deren Öffnung für Kapitalanlage.** Sie haben weder ein Interesse an der Beseitigung der nationalstaatlich organisierten Weltwirtschaft - mit den Möglichkeiten durch Konkurrenz der Nationalstaaten immer vorteilhaftere „Standortangebote“ (Steuern, Arbeitsschutzgesetze, Umweltschutzgesetze etc.) zu bekommen - noch an protektionistischer Wirtschaftspolitik der einzelnen Nationalstaaten. Auch die heute entwickeltste Form des Kapitals produziert somit kein Interesse an der Beseitigung der Nationalstaaten, wie es die Theoretiker des „Ultraimperialismus“ annahmen. Die einzelne Nationalökonomie als staatlich geschützter Rückzugsraum für Kapital steht aber quer zu den Interessen der Multis.

Ökonomisch-praktischer Protektionismus und der ihn begleitende ideologische Nationalismus sind nicht verschwunden und werden nicht verschwinden, weil und insofern die kapitalistische Produktionsweise - gerade vor dem Hintergrund von Freihandel in offenen Märkten – in Überakkumulation einmündet und **eine wachsende Zahl von Verlierern in freier Konkurrenz** produziert. Zu diesen Verlierern gehören LohnarbeiterInnen ebenso wie BesitzerInnen von Kapital und ganze Nationalökonomien. Damit wird aus dem Versprechen auf ökonomisches Wachstum und Teilhabe durch freie Konkurrenz, eine Bedrohung mit Verlust und sozialen Abstieg durch freie Konkurrenz.

Ausgangsbedingungen für eine politisch selbständige Bewegung der Klasse der LohnarbeiterInnen in den entwickelten kapitalistischen Ländern heute

In den entwickelten kapitalistischen Ländern hat sich noch etwas verändert nach dem 2. Weltkrieg. In Summe sind das vor allem durch Staatsinterventionen gesetzlich erzwungener Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und Umweltschutz und Staatsinterventionen zur Milderung von Not bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter.¹⁰ Die variieren von Land zu Land, von Nationalökonomie zu Nationalökonomie. Es ist von Interesse für das Kapital allgemein, die Kosten dafür zu senken. Das Kapital in allen Ländern drängt immer stärker darauf, die Kosten dafür zu senken, je schwächer das Wachstum ausfällt, je stärker sich relativer Mehrwertmangel spürbar macht (niedrige Profitraten) und periodisch in absoluten Mehrwertmangel mündet (Überproduktionskrisen). Für die großen auf dem Weltmarkt operierenden Kapitale ist die freie Konkurrenz das Mittel, auf das sie setzen, um die höhere Profitrate, in in Ländern der Peripherie winkt, zu Nutzen und ihre Ziele der Kostensenkung in den hochentwickelten Ländern durchzubringen. Für die große Masse der LohnarbeiterInnen in den jeweiligen Ländern erscheint dagegen mehr und mehr der Protektionismus als ein Mittel, diese sozialen Errungenschaften zu retten. Sie werden damit nicht nur wichtiger Adressat für nationalistische Parolen, sondern auch – selbst ohne staatlichen Terror gegen Organisationen der Arbeiterbewegung wie noch in den 1930er Jahren - empfänglich dafür. Auffälliger Weise selbst dann, wenn er mit Wirtschaftsliberalismus innerhalb der jeweiligen Nationalökonomie verbunden wird, der ihnen nichts weiter verspricht als: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“; gleich zu welchen Konditionen.

10 Vergl. dazu meine Arbeitsmanuskripte zum Buchprojekt über das „Gemischte Wirtschaftssystem“ und den Wert der Ware Arbeitskraft.

Protektionismus war immer die Losung der Schwachen und Verlierer in freier Konkurrenz oder derjenigen, die sich von der freien Konkurrenz in ihrer Position bedroht sahen. Das galt über viele Jahre zunächst einmal für das Kapital, nicht für eine sich unter sozialistischem Vorzeichen mächtig entwickelnde Arbeiterbewegung. Weil und sofern die LohnarbeiterInnen der entwickelten kapitalistischen Länder heute etwas zu verlieren haben und alles bisherige Klassenbewusstsein zum Teufel ist, erhoffen sie sich Schutz vom Protektionismus, sehen ihn als ein Mittel, „soziale Standards“ zu verteidigen.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gibt es heute kaum Ansätze zu einer selbständigen Bewegung der LohnarbeiterInnen, in der sich ein Streben nach sozialer Emanzipation ausdrückt. Daher gibt es auch kaum Möglichkeiten für „kommunistische Politik“ und umso größer wird die Gefahr durch den sogenannten „rechten Populismus“.

Heute besteht kaum die Gefahr, dass das große, transnationale Kapital entwickelter Länder ein faschistische Bewegung unterstützt, um

1. **den „nationalen Wirtschaftsraum“**, in dem der Mutterkonzern zuhause ist, **als den Ort seiner (Mehrwert-)Produktion und Akkumulation** zu schützen
2. und die Organisationen einer starken reformistischen und revolutionären Bewegung der LohnarbeiterInnen zu zerschlagen,

sondern es besteht die Gefahr, dass der Nationalismus jede Aussicht auf eine neue, politische selbständige Bewegung der LohnarbeiterInnen zunichte macht, weil gerade nicht das große, transnationale Kapital, sondern die LohnarbeiterInnen, im Protektionismus und Nationalismus ihr Heil suchen und sich zu diesem Zweck mit dem Kapital verbünden, das ebenfalls „Opfer der Globalisierung“ ist.

Der protektionistischen und nationalistischen Gefahr kann man heute kaum begegnen und Klassenbewusstsein entwickeln, in dem man gegen das angeblich nationalistische Interesse dieses großen Kapitals agitiert. Es geht vielmehr um die Frage, wie man zu den installierten Sozialreformen steht, ob man sich ihres Doppelcharakters bewusst wird – Schutz von LohnarbeiterInnen und zugleich Mittel, ihre Emanzipationsbestrebungen stillzulegen. Ein erneutes Erwachen des Strebens nach sozialer Emanzipation kann nur erwachsen aus Verteidigungskämpfen gegen den „Sozialabbau“ und nur in dem Maße, als man sie als Abfallprodukt der gescheiterten Versuche sozialer Befreiung begreift, diesen Zusammenhang aufdeckt. Erkennt man darin nur die staatlichen Bemühungen zur „Befriedung des Klassengegengesatzes“, dann überlässt man das Feld der Verteidigung - aus der heraus allein sich wieder eine sozialrevolutionäre Massenbewegung entwickeln kann - kampflos dem Nationalismus, egal welche Form er annimmt. Dann wird in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht verhindert werden können, dass die alte, Frieden stiftende „Sozialpartnerschaft“ in jedem kapitalistischen Unternehmen - mit der Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz – zugleich sich in eine verheerende, nach außen aggressive Form der „Sozialpartnerschaft“ verwandelt, die nationale „Volksgemeinschaft“ ... der heute durch das Kapital entwickelten Internationalität zum Trotz.

Die Bedingungen der „unvermeidlichen Lösung“ des Konflikts zwischen der Tendenz zu absoluter Entwicklung der Produktivkräfte und der Verwertung des vorhandenen Kapitalwertes scheinen heute überreif, je mehr die Produktivkräfte sich in Destruktivkräfte verwandeln – schon bei „normaler“ kapitalistischer Entwicklung ohne **Krieg zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern**. (Ausmaß der Umweltzerstörung, Überfluss an zweifelhaften Gebrauchswerten etc.)

Widersinnig erscheint mir allerdings das Liebäugeln mit einem Protektionismus unter linken Vorzeichen, der nationale Spielräume für Sozialreformismus und Schutz vor „Sozialabbau“ sieht und diese ausnutzen will. Linker Protektionismus ist überall – selbst in kapitalistisch wenig entwickelten Staaten - gescheitert. Wo aus ihm erfolgreiche ökonomische Entwicklung wurde – wie jetzt in China – hat er außer dem Namen und Anspruch alles verloren, was irgendwie an soziale Emanzipation erinnert.

Der erfolgreiche Protektionismus einer nachholenden Industrialisierung war immer und überall mit den rücksichtslosesten kapitalistischen Praktiken verbunden. (Nicht erst in China.) Die antikoloniale nationale Revolution ist nirgendwo in eine kommunistische Umwälzung „hinübergewachsen“. Nationale Revolution ist nie mehr gewesen als der mehr oder wenige erfolgreiche Versuch nachholender Industrialisierung, die durchaus folgerichtig in eine kapitalistische Entwicklung einmündete.

Abschließend: Ein paar kritische Anmerkungen zu „Fair Trade“

In seinem bereits zitierten Vorwort („Schutzzoll und Freihandel“) zu Marx‘ „Rede über den Freihandel“ von 1848 schrieb Engels im Jahr 1888:

*„In industriellen Erfindungen aller Art steht Amerika entschieden an der Spitze, während Deutschland den Engländern den zweiten Platz streitig macht. **Das Bewußtsein gewinnt Boden in England, daß das englische Industriemonopol unwiederbringlich dahin ist, daß England vergleichsweise immer mehr Terrain verliert, während seine Nebenbuhler vorankommen, und daß es allmählich einer Lage zutreibt, wo es ein Industrieland unter vielen wird sein müssen, statt, wie einst geträumt, die "Werkstatt der Welt". Und um dies hereinbrechende Geschick zurückzudämmen, wird jetzt der Zollschutz, schlecht verhüllt unter dem Schleier des "Fair Trade" und der Kampfzölle, angerufen von den Söhnen derselben Männer, die vor vierzig Jahren kein Heil sahen außer im absoluten Freihandel. Und wenn die englischen Fabrikanten jetzt selbst finden, daß der Freihandel sie ruiniert, und die Regierung angehn, sie gegen fremde Konkurrenz zu schützen, dann ist unbedingt der Augenblick gekommen, das fernerhin nutzlose Schutzsystem über Bord zu werfen und das sinkende Industriemonopol Englands zu bekämpfen mit seiner eigenen Waffe, dem Freihandel.**“ (MEW Bd. 21, S. 405, 406)*

Schon 1888 konnte man also – im Gegensatz zu Lenins famoser Imperialismustheorie von 1916 – zu dem Ergebnis kommen, dass es in der Konkurrenz zwischen England und Deutschland lediglich um Platz 2 geht, weil die USA bereits bei den „industriellen Erfindungen aller Art ... entschieden an der Spitze“ stand. Als sich Deutschland 1914, sowie Deutschland und Japan Ende der 1930er Anfang der 1940er Jahre anschickten, **militärisch** die Weltwirtschaft „neu zu ordnen“, standen sie gegenüber den USA aus einer Vielzahl von Gründen von Anfang an auf verlorenem Posten. Der moderne Krieg wird durch die Industrie entschieden und die kapitalistische Industrie der USA konnte es ohne Zweifel mit der Japans und Deutschlands zusammen aufnehmen.

Anders stellt sich heute die Frage mit dem Aufkommen Chinas als neuer Großmacht, die sich auf kapitalistische Industrie stützt. China ist tatsächlich potentiell in der Lage, die ökonomisch-politisch-militärische Dominanz der USA in der Welt zu brechen. Dieses „*Bewusstsein gewinnt Boden*“, natürlich nicht zuletzt in den USA bzw. unter jenen KapitalbesitzerInnen und LohnarbeiterInnen, die zu den Verlierern in der Weltmarktkonkurrenz gehören. Und gerade dieser Umstand ist es, der Trumps Erfolg erklärt. Und so fordert auch die politische Bewegung, deren Führer Trump ist, den „*Zollschutz, schlecht verhüllt unter dem Schleier des >>Fair Trade<<*“.

Wie bereits angesprochen, ist aber weder das US-Kapital von 2016/17 noch das große Kapital anderer entwickelter Ländern das von 1888 oder 1940. Es ist vor allem „transnational“ oder „multinational“.¹¹

11 Man könnte den Widerspruch, in dem sich das Kapital bewegt, in diesem Zusammenhang etwa so formulieren: **Der Prozess der Verwertung von Wert war von Anfang an – und ist es zunehmend – gesellschaftlich und international. Das „schützenswerte“ kapitalistische Eigentum dagegen ist privat und national.** Die spezifisch kapitalistische Art das Eigentum zu erhalten und zu vermehren beruht auf dem Prozess der Verwertung von Wert. In dem Maße, in dem dieses Verfahren versagt, verlangen die privaten und nationalen EigentümerInnen nach politischem Schutz, also nach Staatsintervention nicht im Interesse der Durchsetzung der Konkurrenz, des Freihandels, sondern im Interesse der Protektion von Nationalökonomie.

„Fair Trade“ wurde also ausgerechnet schon im damaligen England gefordert, als sein „industrielles Monopol“ in Frage gestellt war. „Fair Trade“ ist heute auch eine recht populäre linke Parole, die dem Schutz vor den Auswirkungen freier Konkurrenz dienen soll. Selbst wenn man die Berechtigung der Forderung nach „Fair Trade“ für weniger entwickelte Länder anerkennt, sollte man nicht übersehen, dass es eine marktideologische Forderung ist, die das Heil in Steuerung von Angebot und Nachfrage sieht und daher ungewollt schnell zu Koalitionen führt, die man eigentlich nicht will.

(Wenn die westdeutsche Linke gegen TTIP mobil gemacht hat, so hat Trump TTIP gestoppt ... aus ganz anderen Gründen. Er hat nicht nur TTIP gestoppt sondern auch gleich noch den Austritt der USA aus TPP – dem anderen großen neuen Freihandelsabkommen im Pazifikraum - verkündet. Im Gegensatz zum großen, international agierenden US-Kapital, bedeutet ihm der mit TPP durchgesetzte „Investitionsschutz“ amerikanischer Unternehmen in anderen Ländern nicht viel. Er will ja Auslandsinvestitionen zurückholen.)

„Fair Trade“ wird heute nicht nur in den USA verlangt, um die aktuellen Hauptprofiteure der von den USA nach dem 2. Weltkrieg durchgesetzten freien Konkurrenz – Deutschland und China – an die Kette zu legen.

„Fair Trade“ wird auch von großen Einzelkapitalen selbst in Deutschland verlangt, die sich bedroht sehen. So verlangt Thyssen-Krupp in Deutschland allen Ernstes „Fair Trade“ in der Konkurrenz mit der chinesischen Stahlindustrie ... und die Belegschaft schloss sich unter Führung von IGM und Betriebsrat – über die Dumpingpreise empört - an. Offenbar ganz in Vergessenheit geraten ist, dass die deutsche Stahlindustrie doch selbst zu dem wurde, was sie lange Zeit war und heute immer noch ein bisschen ist, durch die gleichen Billigprodukte, mit denen heute die chinesische Stahlindustrie auf den Weltmarkt drängt. („Made in Germany“ war im England des 19. Jahrhunderts der Inbegriff für billige Kopien deutscher Industrie, die das englische Industriemonopol brechen wollte.)

Klar ist: die **allgemeine** Beschwörung von „Fair Trade“ beruht auf dem expliziten Verzicht radikaler Kapitalkritik.

Wie im 19. Jahrhundert auch, so besorgt der Freihandel heute den Niedergang der monopolistischen Vorherrschaft einer Großmacht; das muss man nicht bedauern, auch wenn es heute absurd wäre, deshalb aus kommunistischer Perspektive den Freihandel zu verlangen.

Die Perspektiven, die die kapitalistische Produktionsweise – speziell in den industriell entwickelten Ländern - heute noch zu bieten hat, sind alternativlos schlecht! Irgendwelche nationalen Ausweg aus dieser Misere gibt es nicht, auch keine „linksnationalen“. Selbst die Verteidigung errungener oder im Zuge der verschwundenen Systemkonkurrenz zugestandener Sozialreformen, setzt eine internationale Bewegung voraus, die ihrerseits nur ihre Kraft schöpfen kann aus radikaler Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit entsprechender Produktionsweise. Sich wie eine Seuche ausbreitender Protektionismus – wohl eher unter kapitalistischem als unter „linken“ Vorzeichen - würde den Weltmarkt rasch zerstören und die sozialen Widersprüche in den entwickelten kapitalistischen Nationalstaaten und die politischen zwischen ihnen explodieren lassen ... ähnlich wie nach 1929. Die Fortsetzung der „*kooperativen Weltwirtschaftsordnung*“ zwischen entwickelten und sich entwickelnden kapitalistischen Ländern unter der Fahne von Freihandel in offenen Märkten wird dagegen die Überakkumulation weiter befördern und mit ihr die Dynamik sicher verschärfender Krisen. (Ohne entsprechende Staatsintervention funktioniert auch das nicht.)

Jede Orientierung auf die Stärkung nationaler Souveränität zum Zwecke sozialer Reform, jedes liebäugeln mit der nationalen Demokratie als einem Mittel, Interessen von LohnarbeiterInnen in dem betreffenden Land durchzusetzen, hat keine Aussicht auf Erfolg unter den heutigen Bedingungen weltmarktvermittelter wechselseitiger Verflechtung und Abhängigkeit der Nationalökonomien und der heutigen „Wachstumsschwäche“ des Kapitals allgemein. Ein in sozialer Absicht betriebener

Protektionismus zur Stärkung von Nationalökonomie hat keine Aussicht auf Erfolg. Indem Maße in dem er sich nationalistischer Argumente bedient, arbeitet er direkt der äußersten Reaktion zu.¹² Der Nationalismus war immer ein bürgerlich-kapitalistisches Projekt, das nur da gesellschaftliche Fortschritte brachte, wo es sich noch um die Entwicklung zu kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der entsprechenden Produktionsweise durch Wirtschaftsprotektionismus handelte. In entwickelten kapitalistischen Ländern wird der Nationalismus zu einer Ideologie, in der „Wirtschaftskriege“ und mögliche richtige Kriege zwischen kapitalistischen Ländern vorbereitet werden.

Robert Schlosser
Juni 2017

12 Unter den normalen kapitalistischen Bedingungen ist Protektionismus der Weg, um sich mit außerökonomischen, politischen Machtmitteln (palliativ) in der ökonomischen Konkurrenz zu behaupten. Treten allgemein außerökonomische, politische Machtmittel an die Stelle der ökonomischen (Größe des Kapitals, Höhe der Arbeitsproduktivität), so ist das zugleich das Ende des „ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft“. Das Wertgesetz herrscht nur dort, wo die freie Konkurrenz herrscht. Beschreiten also alle entwickelten kapitalistischen Ländern den Weg des Protektionismus, so ist das Ausdruck eines allgemeinen Versagens der Kräfte des Marktes und damit des Wertgesetzes selbst. An die Stelle der Regulation durch das Wertgesetz, dass freie Konkurrenz voraussetzt, tritt dann wirklich die von leninistischer Monopoltheorie ständig beschworene Macht – politisch und potentiell auch militärisch. Das markiert zugleich das Ende der „bürgerlichen Zivilisation“ und den Beginn der Barbarei; sofern soziale Revolution das nicht verhindert.